

PIRATENundPARTEI-Ratsgruppe wirft SPD Scheinheiligkeit in der Ascherberg-Debatte vor

Am 24. Oktober 2017 hatten vier Parteien im Umweltausschuss einen Antrag "Ausweisung des Ascherberg-Waldgebiets am Göttinger Kiessee als Geschützter Landschaftsbestandteil" [1] eingebracht, der nach kurzer Debatte wegen Beratungsbedarf auf die Sitzung vom 28. November vertagt wurde. Hierzu reagierte die SPD auf Facebook nun mit folgender Kritik:

"Die Freizeit- und Erholungsnutzung muss am Kiessee erhalten bleiben! SPD Fraktion spricht sich gegen verschärfte Naturschutzauflagen im Bereich Ascherberg aus.

Auf völlige Unverständnis der SPD trifft der Vorschlag einiger Ratsparteien die südlichen Bereiche des Kiessees durch verschärfte Naturschutzauflagen der erholungssuchenden Bevölkerung zu entziehen. Der Bereich um den Kiessee hat sich in den letzten Jahrzehnten zu einem Magnet für Menschen entwickelt die in Ihrer Freizeit dort Spaziergehen oder Radfahren wollen oder auch einfach nur am Rand des Sees verweilen. Es ist „DAS“ Göttinger Erholungsgebiet!

Hier ein Betretungsverbot zu verlangen ist für einen Naherholungssuchenden schlicht weg Unfug! Das der Bereich ein aus Naturschutzsicht wichtiger Teil ist, ist zweifelsohne richtig. Richtig ist aber auch, dass sich der Ascherberg in den letzten Jahren sich trotz der Vielzahl an Erholungssuchenden sehr gut im Sinne des Naturschutzes entwickelt hat. Warum sich das ändern sollte ist uns fraglich."[2]

Die PIRATENundPARTEI-Ratsgruppe zeigt sich enttäuscht über die unsachliche Kritik der SPD-Ratsfraktion. Es wird behauptet, die Antragsteller versuchten, so wörtlich, "die südlichen Bereiche des Kiessees durch verschärfte Naturschutzauflagen der erholungssuchenden Bevölkerung zu entziehen". Diese Behauptung hat indes nur sehr wenig mit den wirklichen Forderungen des Antrags zu tun. Nur ein kleiner Teil des besagten Areals berührt überhaupt den großen Naherholungsbereich am Kiessee. Von einer maßgeblichen Einschränkung des südlichen Kiessees für Radfahrer und Spaziergänger, wie sie von der SPD suggeriert wird, kann gar keine Rede sein.

Darüber hinaus erklären die antragstellenden Parteien schon im Antrag selbst: "Das Waldgebiet selbst hatte in den letzten Jahrzehnten in der direkten Nutzung keine oder nur eine sehr untergeordnete Funktion für die Naherholung. Der Wert für die Naherholung ergibt sich nicht aus der Durchwegung, sondern liegt in der Ausstrahlung seiner bioklimatischen und ökologischen Funktion als ungestört belassenes Areal auf das als Naherholungsgebiet intensiv genutzte Kiessee-Gebiet".

Man fragt sich, warum sich die SPD schon vorsorglich auf die Seite von empörten Bürgern schlägt, die sie offensichtlich erwartet. Bislang jedenfalls zeigen sich zumindest die Leinebürger, die sich schon lange sowohl für Naturschutz als auch für die Naherholung in diesem Gebiet einsetzen, verständnisvoll. In einer Stellungnahme [3] an die Ratsfraktionen stellen sie klar: "Eine von uns gewünschte Wegebeziehung zwischen Leineberg und dem Naherholungsgebiet Kiessee darf nicht zu Lasten der Natur gehen und insbesondere nicht zu Lasten des infrage stehenden Waldstückes. Wenn es um die Abwägung zwischen dem Erhalt der Wege und dem Naturschutz geht,

treten wir für den Naturschutz ein. Wir bitten die Ratsfraktionen, die Stadt von der Pflicht zu entbinden, für die Sicherung der Wege im Waldgebiet zu sorgen."

Die SPD-Fraktion spricht weiter in ihrem Post davon, dass sich besagtes Gebiet "trotz der Vielzahl der Erholungssuchenden sehr gut im Sinne des Naturschutzes entwickelt hat". Sowohl eine ornithologische Analyse als auch die entomologische Betrachtung kommen zu einem vollkommen anderen Schluss. Durch die teils radikale Entfernung von Buschwerk in diesem Gebiet hat der Bauhof der Stadt der Vogel- und Insektenwelt großen Schaden zugefügt. Umfangreiche Rodungen und schwere Eingriffe in die Strauchbestände waren möglich, obwohl der Ascherberg bereits als Landschaftsschutzgebiet eingestuft war. Die Verwaltung führte in der Sitzung vom 24. Oktober eine angebliche Verkehrssicherungspflicht als einzigen Grund für die schweren Eingriffe an. Aus diesem Grund ist es notwendig, per Mehrheitsbeschluss die Stadt von der Verkehrssicherungspflicht zu entbinden und die Wege, die es vor 2015 dort nicht gab, wieder abzubauen.

"Dass die SPD sich hier als Retter und Beschützer der Fahrradfahrer und Spaziergänger am Kieselsee aufspielt, ist auch aus anderen Gründen scheinheilig. Bislang jedenfalls hat sie sich eher als Beförderer des Autoverkehrs am Kieselsee hervorgetan, etwa mit der Schaffung von mehr Parkplätzen für PKW. Es waren die Piraten, die die Installation von Abstellanlagen für Fahrräder am Kieselsee beantragt hatten und auch der jetzige Antrag hat das Ziel von mehr Aufenthalts- und Erholungsqualität statt weniger", so Francisco Welter-Schultes, Mitglied im Umweltausschuss.

Quellen:

[1]

https://www.pprgoe.de/wp-content/uploads/2016/11/37083_NI_Antrag_Ascherberg.pdf
<https://ratsinfo.goettingen.de/bi/vo020.asp?VOLFDNR=15789>

[2]

<https://www.facebook.com/SPDRatsfraktionGoettingen/photos/a.317448915124665.1073741831.309653519237538/832428210293397/?type=3&theater>

[3]

<https://www.pprgoe.de/wp-content/uploads/2016/11/Stellungnahme-der-LeineB%C3%BCrger-zum-Antrag-auf.pdf>